

Alex Demirović\*

## Kapitalistischer Staat und Pandemie (Teil 1)

**Zusammenfassung:** Der Beitrag zeigt, dass die auch von Linken formulierten Erwartungen an den Staat, die Coronakrise zu bewältigen, nicht begründet sind. Und weder geht der Staat in eine Form der Ausnahmeherrschaft über, noch setzt sich die neoliberale Regierungstechnologie des präventiven und aktivierten Selbst durch. Der kapitalistische Staat ist stark fraktioniert und bildet keine kohärente Politik aus. Der Staat organisiert ein neues Verhältnis zur Gesellschaft und einen neuen Kompromiss zwischen dem bürgerlichen Lager und einem staatskritischen Kleinbürgertum, das sich durch Proteste aktiviert. Die Pandemie bildet eine Grenze des kapitalistischen Staates als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis, das den Herausforderungen kaum gewachsen ist.

**Schlagwörter:** Covid-19, materialistische Staatstheorie, Biopolitik, Arbeit, Gesundheitspolitik

### Capitalist State and Pandemic (Part 1)

**Abstract:** The article shows that the expectations of the state, also formulated by leftists, to cope with the Corona crisis are not well-founded. And neither does the state enter into a form of exceptional rule, nor does the neoliberal technology of government of the preventive and activated self prevail. The capitalist state is highly fractionalised and does not form a coherent policy. The state is organising a new relationship to society and a new compromise between the bourgeois camp and a petty bourgeoisie that is critical of the state and activates itself through protests. The pandemic forms a limit of the capitalist state as a social relationship of domination that is hardly up to the challenges.

**Keywords:** Covid-19, Materialist State Theory, Biopolitics, Labour, Health Policy

---

\* Alex Demirović ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der PROKLA.

Schon seit Beginn der Coronapandemie im März 2020 wird kritisch darauf hingewiesen, dass die Linke sich auf eigenartige Weise als kritik- und handlungsunfähig erweist – und das, obwohl die Kapitalakkumulation massiv ins Stocken kam, sich die Schattenseiten der globalisierten Ökonomie bemerkbar machten und viele Staaten autoritäre seuchenpolizeiliche Maßnahmen ergriffen. Das ist wohl mit der enormen Herausforderung zu erklären, die eine historisch mehr oder weniger unbekannte Situation schafft. Seuchen sind kein an sich neues soziales Phänomen, aber in vielen Fällen affizierten die Epidemien die kapitalistischen Zentren und die Linke nur am Rande. In den Theorien des klassischen Marxismus von Marx bis Adorno werden Seuchen nicht thematisiert, obwohl sie als Zeitgenossen welche erlebten. Mit der Verbreitung des HIV änderte sich das. Zwar gab es Skeptiker, die AIDS als reaktionären oder US-amerikanischen Angriff auf die Schwulenbewegung, auf emanzipatorische Sexualpraktiken oder auf Teile Afrikas deuteten. Aber es entstand auch bewegungsnaher Aktivismus, der ein Bündnis mit der Schulmedizin und den Staatsapparaten einging und zu einem Regime der wechselseitigen Fürsorge beitrug (vgl. Schaffar 2020; Fritschi 2021). Aufgrund alarmierender Erwartungen zukünftiger Epidemien wurde auch mit kritischen Analysen auf die Vogelgrippe reagiert (vgl. Davis 2005; Ali/Keil 2008).

Im Fall des Coronavirus Sars-CoV-2 ist in kürzester Zeit eine unüberschaubare Vielzahl von Diskussionsbeiträgen und Analysen entstanden. Das Virus ist ebenso neuartig wie die von ihm verursachte Krankheit Covid-19. Neu ist auch, dass diese nicht auf einige Regionen und soziale Gruppen beschränkt ist, sondern von Menschen seit Ende 2019 in mehreren Wellen weltweit verbreitet wird. Am 11. März 2020 wurde sie von der Weltgesundheitsorganisation zur Pandemie erklärt. Simultan zur Krankheit entwickelte sich ein von Medien, Wissenschaft und staatlichen Agenturen vermitteltes globales Wissen über die Verbreitung, Folgen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Gelegentlich wurden das Wissen und die Bilder von den Wirkungen des Virus noch schneller verbreitet als dieses selbst. Im Fall früherer Seuchen (Pest, Pocken, Spanische Grippe) war Wissen über deren Ursachen, Verlauf und Folgen der Krankheit nur ungenau und richtige Praktiken zu ihrer Bekämpfung konnten theoretisch nicht erklärt werden. Dagegen ist historisch neu, dass nicht nur sehr rasch ein Wissen über das Virus, den Zusammenhang der Krankheitssymptome, die Krankheitsverläufe, die Epidemiologie oder Behandlungsmethoden erarbeitet wurde, sondern auch wirkungsvolle Impfstoffe entwickelt und bereits ein Jahr nach Beginn der Seuche eingesetzt werden konnten (vgl. Tooze 2021: 266ff). Schnell wusste man, dass alle Menschen ein, wenn auch sozial ungleich verteiltes Infektionsrisiko haben, und präventive Maßnahmen zu ihrem Schutz notwendig

sind. Solche wurden von den Regierungen in unterschiedlichem Maße und Rhythmus ergriffen. Die Alternative wäre gewesen, das unkalkulierbare Risiko einer hohen Mortalität und von tiefen Störungen gesellschaftlicher Prozesse mit der Folge schwerer Krisen einzugehen.

In den ersten Wochen der Verbreitung des Virus bis etwa Mitte März 2020 wusste die gesellschaftliche und Partei-Linke nicht, was angemessene Kritik und Praxis in und gegenüber der Pandemie sein könnten. Treffen, Workshops, Aktivitäten fanden bis in den März 2020 hinein weitgehend normal statt. Als dann allmählich Lockdown-Maßnahmen des Staats – dem Infektionsschutzgesetz, den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts (RKI), den wissenschaftlichen Ratgeber\_innen und den Beschlüssen der Ministerpräsident\_innenkonferenz (MPK) folgend – umgesetzt wurden, hat sich die Linke dem weitgehend gefügt. Viele waren auch erst einmal von der Bewältigung des Alltags unter Pandemiebedingungen in Anspruch genommen – etwa Kinderbetreuung, Umstellung auf digitale Treffen – und hofften auf eine baldige Rückkehr zur Normalität. So mochte dies den Eindruck entstehen lassen, die Linke sei sprach- und kritikunfähig, sie habe sich auf die Seite der herrschenden Rationalität begeben und übernehme den Standpunkt des Staates – was heißt: die Leute »unten« werden in Schach gehalten und zu Betreuungsobjekten staatlicher Fürsorge und Repression (vgl. Klopotek 2021: 64f).

Das Bild ist zu einseitig. Denn es kam auch bereits seit Mitte März 2020 zu zahlreichen Bemühungen, sich in Texten, Online-Diskussionen, Videos oder Podcasts über die Bedeutung der Pandemie zu verständigen und zu Einschätzungen der staatlichen Maßnahmen zu gelangen. Es gab Aktivitäten auf der Straße: #jetzt erst recht, #unteilbar, »Wer hat, der gibt«, in Berlin die Bewegung für einen Mietendeckel und die Enteignung großer Wohnungsunternehmen, die Unterstützung der Streiks der Pflegekräfte in den Krankenhäusern, die Proteste gegen Waldrodungen und für eine neue Klimapolitik oder die fortgesetzte Unterstützung von Geflüchteten. Gegen die seit dem 28. März 2020 in Berlin häufig stattfindenden querdenkerisch-verschwörungsideologischen Demonstrationen bildeten sich Initiativen: »Abstand halten gegen rechts«. Allerdings gab es auch in der Linken kontroverse und polarisierende Einschätzungen, wie die Pandemie und ihre Folgen zu begreifen seien. Da gibt es diejenigen, die die Pandemie letztlich für eine Inszenierung herrschender Kräfte halten. In diesem Sinn kann sie als eine Spielart der Schockstrategie verstanden werden. Diese Strategie sei demnach langfristig von relevanten Teilen der Herrschenden verfolgt worden und Vertreter des Staates, der Parteien, der Politik, der Gesundheitsindustrie, des Militärs, der Polizeien und Geheimdienste sowie der Medien wür-

den eine Gesundheitskrise inszenieren. Entsprechende Diskussionen haben tatsächlich stattgefunden und Strategiepapiere liegen vor (vgl. Deutscher Bundestag 2013; Global Preparedness Monitoring Board 2019; die Hinweise in Schreyer 2020). Ziel dieser Strategie wäre eine Politik der Angst, der Panik, damit einhergehend der biopolitischen Kontrolle der Bevölkerung, einer Einschränkung ihrer Freiheiten und eine Manifestation der zunehmenden Tendenz, den Ausnahmezustand als normales Paradigma der Regierung zu nutzen (Agamben 2020). Aufgrund solcher Einschätzungen erscheint es eher fragwürdig, die staatlichen Kampagnen und Maßnahmen auch nur hinzunehmen, geschweige sie zu unterstützen. Entsprechend sahen auch Linke – etwa Sahra Wagenknecht – keinen Grund, sich mit den aus ihrer Sicht zweifelhaften mRNA-Impfstoffen impfen zu lassen.

Doch es gab auf Seiten der Linken – so die #ZeroCovid-Initiative – gleichfalls die radikale kapitalismus- und staatskritische Gegenposition, die der Politik eher vorwarf, die entschiedene Bekämpfung der Pandemie zu unterlassen. Gefordert wurde ein radikaler Shutdown mittels eines paradoxen Streiks: Alle sollen zu Hause bleiben. Dass der Staat eine solche harte Maßnahme nicht ergreife, wurde mit seinem kapitalistischen Charakter erklärt. Er unterstütze das Ziel der Erzielung kapitalistischer Profite und stelle sich gegen die Arbeitskräfte. Neben diesen beiden Reaktionen hat es aber auch bald nach Beginn der Pandemie konkretere linke Diskussionen und Forderungen gegeben: Forderungen nach Forschungsförderung in Bereichen der Pathologie (woran sterben Menschen eigentlich?), Virologie und Epidemiologie, nach höheren Löhnen für Pflegekräfte, nach besserer Ausbildung und Personalplanung in den Kliniken, Beseitigung der Fallpauschalen, Unterstützung von Prekären oder von Kulturbetrieben, Mietenmoratorium, Produktion von Schutzkleidung, von Impfstoffen und Freigabe der Impfstofflizenzen auch für die Staaten des globalen Südens, Unterstützung von Schüler\_innen und Schutzmaßnahmen in den Schulen.<sup>1</sup>

## Ausnahmezustand?

In seinem kleinen Beitrag »Was ist aus der Linken geworden?« hat Joachim Hirsch den Mangel an kritischen Aktivitäten und die Polarisierungen auch in linken Einschätzungen der Pandemie jüngst damit erklärt, dass die Linke ein nur unzulängliches Staatsverständnis und zu hohe Erwartungen an die Handlungs- und Lösungskompetenz des Staates habe:

---

1 Vgl. die Beiträge unter <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-heisst-solidaritaet-in-zeiten-der-pandemie-luxemburg-online/>.

»Erinnern wir uns: Die materialistische Staatskritik hat nachgewiesen, dass der bestehende Staat ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses darstellt und strukturell – als Steuerstaat unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln – darauf angelegt ist, dessen Bestand zu gewährleisten. Das markiert die Grenzen einer auf den Staatsapparat bezogenen, auch reformistischen Politik und verweist auf eine grundsätzliche Beschränkung demokratischer Verhältnisse. Gleichzeitig ist aber der Staat nicht ›Staat des Kapitals‹ in dem Sinne, dass er unmittelbar als Erfüllungsgehilfe der konkret existierenden Kapitalformation fungiert, sondern eine ›relative Autonomie‹ aufweist, wie Nicos Poulantzas dies bezeichnet hat. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass er gegebenenfalls auch im Konflikt mit einzelnen Kapitalen oder Kapitalgruppen in der Lage ist, die Reproduktion der Gesamtformation zu gewährleisten. Er *erscheint* daher als eine neutrale, für unterschiedliche gesellschaftliche Einflüsse offene Instanz. Dies ist die Grundlage dessen, was ehemals in der linken Staatskritik als ›Staatsillusion‹ bezeichnet wurde. Im Zusammenhang der Corona-Krise hat dieser recht komplexe Zusammenhang zu einigen Verwirrungen geführt. Tatsächlich erschien in diesem Fall die staatliche Politik nicht vorrangig einem bestimmten Kapitalinteresse zu folgen – wenn man davon absieht, dass es natürlich darauf ankommt, für die Gesundheit der Arbeitskräfte zu sorgen.« (Hirsch 2021)

Hirsch kritisiert die Linke dafür, dass sie sich der Definition des Notstands unterwirft, den Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie. Sie lasse sich eine Art Hobbesche Situation einreden. Demnach scheint es um den Ernstfall zu gehen. Das durch das Virus gefährdete Leben der Bürger\_innen ließe sich demnach nur noch durch einen souverän handelnden, autoritären Staat schützen. Dieser setzt dann die Bürgerrechte außer Kraft oder schränkt sie ein – Bewegungsfreiheit, Freiheit der Berufsausübung, Recht auf Bildung, Demonstrationsfreiheit, Koalitionsrecht (die Rechte der gewerkschaftlichen Selbstorganisation werden in den Betrieben beeinträchtigt, wenn etwa Betriebsversammlungen mit Hinweis auf die Ansteckungsgefahr verhindert werden) –, perfektioniert die Überwachung (Kontakttracing, Gesundheitsämter) und verhängt einen faktischen Ausnahmezustand mit Demonstrationsverboten und Ausgangssperren. Dem hält Hirsch entgegen, dass die Linke die Grundrechte verteidigen muss.

Das ist selbstverständlich nicht verkehrt. Doch stellt sich die Frage, ob dies die spezifische Kritik der Linken sein kann. Denn die Frage nach Demokratie und Grundrechten wurde von politischen Vertretern des Bürgertums selbst und zahlreichen Juristen aufgeworfen. Am 31. März 2020 erklärte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen, in den Zeiten der Pan-

demie müssten die Werte Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit hochgehalten werden, die Maßnahmen müssten verhältnismäßig und zeitlich begrenzt sein, sodass auch auf längere Sicht die Demokratie nicht geschwächt würde. In diesem Sinn nahm auch der Europarat am 8. April 2020 öffentlich Stellung (vgl. Möllers 2020) und konstatierte, dass die Mitgliedstaaten der EU, darunter auch Deutschland, erhebliche Einschränkungen an den Grundrechten vornahmen: etwa an Berufs-, Religions-, Demonstrations-, Bewegungsfreiheit. Ebenso wurde schon frühzeitig auf die negativen Folgen hingewiesen, wie die verstärkte Benachteiligung bei Bildung, die finanziellen Sorgen vieler Menschen, die häusliche Gewalt, die rassistische Diskriminierung, die Behinderung von Flüchtlingen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte äußerte die Ansicht, dass die Pandemie zwar kein Krieg sei (wie von Macron oder Trump nahegelegt – was falsch nicht zuletzt deswegen ist, weil es nicht um Gewalt und Töten, sondern um Heilen und Schutz von Leben, nicht um Mobilisierung von Massen, sondern um die Distanzierung der Einzelnen geht), auch kein Verteidigungs- und Spannungs- oder Katastrophenfall (mit Einsatz von Militär und Polizei). Darüber hinaus handelt es sich nicht um einen Staatsnotstand, wie er nach dem Grundgesetz für den Fall einer inneren Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung vorgesehen ist. Aber die Pandemie stellt einen öffentlichen Notfall dar, der das Leben der jeweiligen Nation bedroht. Das Grundgesetz gewährleistet nach Art. 2 das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Einzelnen. Befürchtet wurde eine Erosion des Rechtsstaats. Denn die Entscheidungen erfolgten, wie von der CDU bis zur LINKEN kritisiert, am Bundestag vorbei auf föderaler Ebene in den Treffen der Ministerpräsident\_innen und in Absprache mit dem Bundeskanzleramt – in einem Gremium, das von der Verfassung nicht vorgesehen ist. Dieses Gremium handelte wie der Gesundheitsminister auf Basis des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), das am 27. März 2020 in Kraft trat und eine epidemische Lage nationaler Tragweite feststellte. Die Feststellungskompetenz dazu lag beim Bundestag. Der Gesundheitsminister und die Behörden wurden nach Art. 28 des IfSG ermächtigt, im Fall einer Infektionskrankheit Grundrechte einzuschränken; die Bundesländer, mittels Rechtsverordnungen das private und öffentliche Leben zu regulieren. Da das Virus durch den Verkehr der Menschen verbreitet wird, ging es vor allem um Kontaktreduktion sowie entsprechende Verbote von Veranstaltungen und von Zusammenkünften sowie um die Schließungen von Einrichtungen, Geschäften, Gaststätten oder Sportanlagen. Behörden und Polizei sollten die Bestimmungen der Rechtsverordnungen durchsetzen. Diese Rechtsverordnungen suspendieren das geltende Recht nicht, um dann nach einer Phase des Ausnahmezustands wieder eine normale und

demokratische Ordnung einzusetzen, sondern überlagern es (Lepsius 2020: 264). Eine solche flächendeckende Regierungspraxis auf der Grundlage von Rechtsverordnungen gilt als einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. In der juristischen Beurteilung wird davon gesprochen, dass es sich um ein sich herausbildendes »parakonstitutionelles« Notstandsrecht« (Ipsen 2020: 132) oder eine »Parallelrechtsordnung« handelt (Lepsius 2020: 264, 279), eine neue staatsrechtliche Form, aber keine Form der Ausnahmeherrschaft. Kritisiert wird das Regime der Rechtsverordnungen, weil seine Leistungsfähigkeit schnell die Grenze erreicht und mit immer detaillierteren und nicht mehr überschaubaren Rechtsverordnungen oder Allgemeinverfügungen das öffentliche und private Leben regeln muss. Auch dieses Krisenmanagement erzeugt viele neue Verwerfungen und vertieft die Krise (vgl. Heller 2020). Die bürgerlichen Verhältnisse erweisen sich für die Bewältigung der Krise einer Pandemie als ungeeignet.

Die Kritik von Hirsch an den Grundrechtseinschränkungen steht wie vergleichbare, in linken und juristischen Diskussionen geäußerte Kritiken vor der Frage, was eine alternative Handlungsweise in der Situation der Pandemie hätte sein können. Letztlich kommt eine solche Kritik schnell in die Nähe von Redepositionen, die die Existenz des Virus, die Existenz der von ihm ausgehenden Gefahren oder jedenfalls die hohen Zahlen der Infektionen, Erkrankungen und Todesfällen wenn nicht bestreiten, so doch stark relativieren, und die mit Protesten beanspruchen, ihre Freiheit zu nutzen, um sich unabhängig zu informieren und sich nicht der »Corona- und Impfdiktatur« zu unterwerfen. Neben einer kapitaltheoretischen und grundrechtlichen Kritik kann diejenige an einer solchen Unterwerfung auch in Begriffen der Machtanalytik von Foucault formuliert werden. Foucault war in der Tradition der marxistischen Analyse einer der wenigen, der sich herrschaftskritisch mit den Folgen der Seuchenbekämpfung befasst und deutlich gemacht hat, wie diese zur Herausbildung des kapitalistischen Staates beitrugen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Foucault keine Antwort auf die von ihm nahegelegte Frage hat, was eine sozialistische Gouvernementalität und Biopolitik in Zeiten der Pandemie sein könnte.

Seit dem 16. und 17. Jahrhundert bilden sich Foucault zufolge Institutionen, die zum Ensemble der Staatsapparate gehören – Klinik, Gefängnis, Justiz, Psychiatrie, Polizei, Militär, Schule, Familie – unter anderem in der Auseinandersetzung mit und als Antworten auf Krankheiten und Seuchen heraus. Foucault begreift die von ihm unterschiedenen Machttechniken auch als Ergebnis der verschiedenen Modalitäten der Seuchenbekämpfung. Da sind als erstes Machtdispositiv die juristisch-staatlichen Institutionen der Ausgrenzung, mit denen auf die Lepra reagiert wird. In diesem Fall werden

die Infizierten für den Traum einer reinen Gemeinschaft ausgegrenzt, weggesperrt und ihrem Schicksal überlassen. Das zweite Machtdispositiv der disziplinären Form der Seuchenbekämpfung veranschaulicht Foucault mit den Praktiken gegenüber der Pest. Sie folgen der Utopie der vollkommen regierten Gesellschaft: Die Regionen und Städte werden mit einem dichten Kontrollnetz überzogen, das die Räume in undurchlässige Zellen aufteilt. Familien und Individuen werden lückenlos registriert und ständig erfasst, unter Quarantäne gestellt, voneinander isoliert, um eine Verbreitung der Krankheit zu verhindern; Kontakte sind verboten, es werden Ausgangsbeschränkungen verhängt, die Zugänge zu Städten, die einzelnen Straßen und Häuser werden von Milizen überwacht – auch um Unruhen, Diebstähle und Plünderungen zu verhindern. »Jeder ist an seinen Platz gebunden. Wer sich rührt, riskiert sein Leben: Ansteckung oder Bestrafung.« (Foucault 1977: 251) Niemand soll ungeordnet leben und sterben; die Einzelnen werden hinsichtlich ihrer Krankheit oder ihres Todes nicht sich selbst überlassen, vielmehr wird diese Beziehung zu einem strategischen Einsatzpunkt der Macht. Zur Bekämpfung der Pocken bildet sich mit dem Sicherheitsdispositiv eine dritte Machttechnologie heraus. Laut Foucault ist diese Machttechnik auch Ende des 20. Jahrhunderts noch wirksam. Diese Machttechnik der Sicherheit nimmt die Bevölkerung als Ganze und die Mannigfaltigkeit ihrer Zusammensetzung, das Territorium, die Grenzen in den Blick. Sie stellt in Rechnung, dass es einen bestimmten Durchschnitt der Verbreitung an Infektionen gibt. Die Gesellschaft muss sich auf die Seuche einstellen, sie lässt sich nicht verhindern. Das Alter der Betroffenen, die Sterblichkeit, die Nebenfolgen werden erfasst und die Morbiditäts- und Mortalitätsraten, die Kosten der Verbreitung der Seuche ebenso wie die Kosten ihrer Bekämpfung werden kalkuliert. Die staatlichen Maßnahmen bewegen sich auf dem Feld der Wirklichkeit, indem mit statistisch zu ermittelnden Risikoverteilungen gerechnet wird. Sie zielen darauf, bestimmte Normalitätsstandards einzuhalten und die Abweichungen wieder an eine Normalitätskurve anzunähern. Dies geschieht zunächst vor allem durch private Initiative, dann mehr und mehr in der Form staatlich-medizinischer Feldzüge gegen die Pockenepidemie mittels der Impfung, die seit Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelt wurde und einen Einschnitt in der modernen Medizingeschichte markiert (vgl. Foucault 2004: 90ff).

In seiner Machtanalytik zeigt Foucault, wie biopolitische Machttechniken ausgearbeitet werden, und wie sie dann dazu beitragen, den vorhandenen feudal-absolutistischen Staat zu gouvernementalisieren und zu einem bürgerlich-kapitalistischen Staat umzubauen. Das alles macht deutlich, dass bürgerliche Herrschaft auf dem Niveau konkreter Taktiken und Strategien der Macht herausgebildet wurde. Das Leben der Individuen und des Kollekt-

tivs wurde als Ganzes mittels einer Vielzahl von medizinischen, ökonomischen und polizeilichen Praktiken kontrolliert, regiert und gesichert. Der Untersuchungszeitraum von Foucaults Arbeiten endet in der Regel mit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Allerdings beobachtet er auch, wie bereits im 19. Jahrhundert die Machttechniken der Ausschließung und Disziplin sich wechselseitig durchdringen und verstärken. Unter dem Eindruck der Coronapandemie kommen die von Foucault unterschiedenen Machttechniken der souveränen Ausschließung, der Disziplin ebenso wie die der Sicherheit zum Zuge und verbinden sich: Einsperrungen, Ausgangssperren, Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen, Grenzschließungen, Verbote von sozialen Ereignissen (Sport- oder Kulturveranstaltungen) finden ebenso statt wie eine genaue statistische Beobachtung der Infektionsübertragung, der regionalen und sozialen Schwerpunkte, der Altersgruppen, der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, der Entwicklung von Impfstoffen und ihrer Wirkung. Dabei entsteht eine Gesamtökonomie der Macht, aber diese besteht nicht allein aus der Machttechnik der Sicherheit (vgl. Foucault 2004: 26; Demirović 2020). Über die Überlegungen von Foucault hinaus gibt es Evidenzen dafür, dass die Bekämpfung von Seuchen auch maßgeblich für die weitere Entwicklung des bürgerlichen Staates wurde: etwa den Aufbau von Staatsgrenzen und deren militärische Überwachung und Kontrollen, die mit Beschränkungen des Verkehrs von Menschen und Gütern einhergingen, Einführung von Quarantänemaßnahmen, Einschränkung von Verkehr und Mobilität, Schließung der Städte, Hygieneüberwachung, Umbau der Städte und insbesondere der Arbeiterquartiere, medizinische Kontrolle durch Aufbau von Gesundheitsbehörden und -ämtern, ärztliche Pflichtversorgung und Pflichtimpfungen (vgl. Poczka 2017). Um die Bekämpfung von Seuchen herum bilden sich komplexe Dispositive mit zahlreichen Apparaten: ökonomische (Pharmaindustrie), staatliche (Polizei, Schule, Gesundheitsbehörden, Statistikämter), parastaatliche und zivilgesellschaftliche (WHO, Hilfsorganisationen), medizinische (Krankenhäuser, Institute, Ausbildungsstätten) oder wissenschaftliche (Hochschulen), die eng miteinander kooperieren.

Mit seinen Analysen will Foucault die Machttechniken und ihre Wirkungen nicht nur beschreiben. Er kritisiert die umfassende politische Vernunft, die sich mit ihnen entfaltet. Er sucht deswegen auch nach Widerständen, denn Macht gibt es nur dort, wo es Widerstand gibt. So deutet er an (1977: 254), dass die Zeitgenossen der Pest von einem Fest träumten, von der Aufhebung der Gesetze und Verbote, von der respektlosen Vermischung der Körper, vom Einsturz der festgelegten Identitäten der Individuen. Solche Träume mögen gehegt werden, wenn man die Ursachen und den Verlauf der Seuche nicht kennt. Aber entsprechende Praktiken sind Seuchentreiber. Daraus ergeben

sich keine Hinweise darauf, welche gesundheitssichernden Alternativen es zu den Machtstrategien gegeben hat oder hätte geben können, in welcher Weise populare Kräfte von unten zu einer anderen Art der Kollektivbildung und einer anderen Art der Bearbeitung der epidemiologischen und medizinischen Krisen hätten beitragen können. Dies legt nahe, dass es solche Alternativen nicht gegeben hat, und dass das Bürgertum in der Lage war, Wissen und Rationalität auszubilden, die Seuchen einzudämmen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt für die Etablierung von Herrschaft und Folgebereitschaft: Durch ihre Entscheidungen angesichts einer Krise sichern die Herrschenden das Überleben des Kollektivs und tragen dazu bei, dass die Zahl der Kranken und Sterbenden gering bleibt, und dass medizinische Versorgung, Bergung der Toten, polizeiliche Ordnungssicherung, Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet bleiben. Damit setzen sich die herrschenden Gruppen als Führungsmacht durch und nehmen für sich Allgemeinheit in Anspruch. Eine mögliche Bedrohung der eigenen Herrschaft wird von ihnen so vermieden. Solche Krisen hatte das Bürgertum vor Augen, denn es war selbst Ergebnis der Transformation des feudalen Adels und Patriziats, die durch die Pest im 14. Jahrhundert so geschwächt wurden, dass die Volksklassen über Jahrzehnte große Siege erzielten – ohne aber am Ende erfolgreich zu sein (vgl. Federici 2017). Die Aristokratie konnte sich transformieren und mit den Einhegungen von Land, der Freisetzung von Arbeitskräften und der Verfügung über sie, mit der Sklavenökonomie und den Raubzügen durch Lateinamerika eine völlig neue Form der Aneignung von lebendiger Arbeit und Akkumulation von Reichtum anstoßen. Dort, wo die Krisen heftig waren, wie eben in den großen Städten wie Paris oder im Ersten Weltkrieg, wurden die Seuchen aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt.

Foucaults Analysen sind unerlässlich für das Verständnis, wie die Machttechnologien sich historisch entwickeln. Sie zeichnen nach, wie sich die bürgerliche politische Vernunft auch in der Bewältigung von Krankheiten, Kriegsverletzungen und Seuchen herausgebildet hat und wie das biologische Leben als neuer Wissensgegenstand im Kontext von Machtpraktiken konstruiert wurde, unmittelbar in die Politik eindrang und sich mit Wahrheits- und Machtregimen verbinden konnte. Mit diesem wichtigen Gesichtspunkt weist Foucault darauf hin, dass die materialistische Staatstheorie die Aspekte des Wissens und der Kämpfe um Rationalität und Wahrheit und damit der Alternativen berücksichtigen muss. Aber gleichzeitig bleibt er eine Antwort schuldig, welche Alternativen es gegeben hätte. Die Coronapandemie verschiebt die Gesichtspunkte, unter denen Analysen wie die von Hirsch oder Foucault gelesen werden. Denn tatsächlich scheint als Option nur die Alternative zu bleiben, der staatlichen Pandemiepolitik zuzustimmen oder sie ideologiekri-

tisch als Herrschaftspraxis abzulehnen. Es scheint sich um ein biopolitisches Disziplinarregime zu handeln, in dem die Individuen regiert werden, die sich von staatlicher Seite zur Verantwortung für das eigene Selbst und gegen eine Spaltung des Gemeinwesens anrufen lassen, die umfangreiche präventive Maßnahmen ergreifen, die stoßlüften, Abstand halten, Masken tragen, um die Gefahren eines von außen eindringenden Virus abzuwehren und die statistisch errechneten Risiken der Infektion zu senken; und weil dies nicht gelingt, müssen die Anstrengungen immer weiter fortgesetzt werden. Solche mit dem Neoliberalismus eingeübten Praktiken, so die Kritik (Lorey 2021), separierten und disziplinierten die sich selbst regierenden Einzelnen. Anstatt gemeinsame, solidarische und rebellische Praktiken zu entwickeln, gingen die Individuen ängstlich auf Distanz und vermieden phobisch Kontakte. Diese Überlegungen legen nahe, den Ernst der Pandemie und die Notwendigkeit der politischen und medizinischen Maßnahmen gering einzuschätzen – auch wenn Lorey (2021: 14, Anm. 15) diese Konsequenz nicht ziehen mag. Doch zu umstandslos wird eine Regierungsrationalität mit der Wirklichkeit gleichgesetzt. Empirisch stellt sich die Frage, wer in dieser Weise präventiv und risikosensitiv handelt: Es ist wohl ein großer Teil des angestellten Kleinbürgertums. Das superreiche Bürgertum kann hingegen weiterhin in seinen Privatjets fliegen, Dienstautos nutzen und seinen Wohnraum genießen; und viele Arbeiter\_innen müssen nicht nur zur Arbeit gehen, sondern wollen es auch, weil es Teil ihres sozialen Lebens ist. Die Analyse geht auch nicht auf die Widersprüche ein: Denn es ist rational, sich präventiv zu verhalten, die Risiken abzuwägen, für sich selbst und für andere fürsorglich zu sein, angesichts eines scheiternden Staates und krisenhafter Infrastrukturen Eigeninitiative zu entwickeln und Selbsthilfe zu organisieren. Angesichts der Pandemie gelangt eine bestimmte Strategie der Kritik am Neoliberalismus an ihr Ende. Das spricht dafür, dass die Machtanalytik und die daraus abgeleitete Kritik ein deutliches Defizit hat und sich zur Sache selbst nicht verhalten kann. Welche Art von Freiheit in und mit der Pandemie denkbar wäre, wie auf kritische Weise mit dem Virus gelebt werden kann, bleibt offen. Dabei stellt sich diese Frage durchaus, denn in einer hypothetischen Einstellung muss angenommen werden, dass auch unter emanzipierten, sozialistischen Bedingungen neue Seuchen entstehen können. Handlungsfähigkeit nur dadurch erlangen zu wollen, dass entweder die Gefährlichkeit des Virus staats- und herrschaftskritisch unterschätzt oder aber nahegelegt wird, dass allein die kapitalistische Landnahme und Naturzerstörung die Evolution von Krankheitserregern verursacht, führt in eine Sackgasse. Es geht darum, Rationalitätskriterien zu gewinnen. Zu diesem Zweck möchte ich auf zwei Überlegungen von Marx zurückgreifen.

## Zur Dialektik der Aufklärung

Der grundlegende Widerspruch besteht zwischen der konkreten, nützlichen und der wertbildenden Arbeit. Die kapitalistische Produktionsweise zwingt beide Formen zu einer Einheit zusammen. Die Wertproduktion – die Erzeugung von Waren – kann sich nur als Produktion konkret-nützlicher Arbeit vollziehen. Doch konkret-nützliche Arbeit ist immer dem Aspekt der Wertbildung unterworfen. Wenn sie keinen oder zu geringen Wert bilden, werden die konkret nützlichen Arbeiten nicht ausgeführt. Das Kapital oder diejenigen, die gemäß seiner Logik des Profits denken und handeln, können sich allerdings nicht vollständig von der Dimension der konkret-nützlichen Arbeit trennen, so gern sie das vielleicht auch tun würden. Der Doppelcharakter der Arbeit hat die eigenartige Wirkung, dass der gesellschaftliche Charakter der individuellen Arbeiten unter kapitalistischen Bedingungen als eine Eigenschaft des Kapitals erscheint. Dies vermittelt den Eindruck, alle Bedingungen der Produktion und Akkumulation seien allein vom Kapitalverhältnis verursacht, von denjenigen, die das Kommando über die Produktionsmittel und die Organisation des Produktionsapparats haben. Dies berührt auch die Verfügung über die Arbeitskraft, die aus dem Blickwinkel des Kapitals lediglich eine Ware ist, eine besondere Ware allerdings, weil sie unmittelbar mit den Menschen, ihren körperlich-kognitiv-intellektuell-habituellen Kapazitäten verbunden ist. Die Menschen, die gezwungen sind, ihr Arbeitsvermögen zu verkaufen, benötigen einen durchschnittlichen Grad von Ausbildung, körperlicher Arbeitsfähigkeit und Gesundheit. In einer Pandemie hat dies eigene Folgen. Denn das Kapital steht vor einem Widerspruch: Es muss und will sich das menschliche Arbeitsvermögen weiterhin aneignen; gleichzeitig hat es ein Interesse daran, die Arbeitskräfte zu schützen. Im Fall einer zu großen Morbiditäts- oder Mortalitätsrate entstehen nicht nur Kosten, Gewinnverluste und ernste Funktionsstörungen des gesamten Kreislaufs durch Arbeitsausfälle und Engpässe. Für Unternehmen wie für ganze Volkswirtschaften kann es auch zu einer mittel- und längerfristigen Schädigung der Wettbewerbsposition kommen, wenn sie nicht in der Lage sind, bei geringeren Infektionszahlen und einem Anstieg der Konjunktur den betrieblichen und Gesamtprozess wieder auf ein normales Niveau zu bringen.

Das Zusammenspiel der in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung privatkapitalistisch operierenden Unternehmen ist nicht harmonisch und schon gar nicht demokratisch koordiniert. Es ist ein Verhältnis der Konkurrenz und der Macht. Deswegen stellt sich die Lage für die verschiedenen Kapitalfraktionen, Branchen und Unternehmen und ihre jeweiligen Positionen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ebenso wie die Einschätzung ihrer Verbände

verschieden, wenn nicht sogar widersprüchlich dar. Die Linke trifft diesen Sachverhalt nicht, wenn sie behauptet, dass die Unternehmen die Betriebe lediglich soweit schließen, wie sie vor allem die Arbeitskräfte schützen wollen; genauso falsch ist die entgegengesetzte Behauptung, das Kapital wolle die Produktion auch in der pandemischen Lage fortsetzen. Das sind komplexe und widersprüchliche Abwägungen. Darin geht auch die Notwendigkeit ein, die Arbeitskräfte in der pandemischen Lage nicht zu verlieren, die in einer Situation großen Facharbeiterkräftemangels durchaus einen anderen und besser bezahlten Arbeitsplatz suchen könnten. Das Kurzarbeitsgeld oder sogar, wie im Fall mancher Firmen, eine hundertprozentige Lohnfortzahlung sollen das sicherstellen. Zudem wollen die Lohnabhängigen von sich aus oftmals an den Arbeitsplatz zurück, weil der Betrieb ein sozialer Ort ist, an dem sie Freund\_innen und Kolleg\_innen treffen.

Der vielleicht wichtigste Aspekt ist die Tatsache, dass sich die Vertreter des Kapitals über einen wesentlichen Gesichtspunkt täuschen – und mit ihm auch die Linken, die die Tauschwert- und die Gebrauchswertseite der gesellschaftlichen Arbeit nicht unterscheiden. Unter dem Gesichtspunkt der konkret-nützlichen Arbeit und der gesellschaftlichen Bedürfnisse ist ein gewisses Maß an Produktion und Verteilung auch in Zeiten der Pandemie notwendig, weil Menschen lebensnotwendige Bedürfnisse befriedigen müssen. In einem Brief an Kugelmann vom 11. Juli 1868 hält Marx diesen Gesichtspunkt fest: Jede Nation würde verrecken, »die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellt«. Auch von Marx her müssten Überlegungen angestellt werden, wie in einer Pandemie riskante Funktionen aufrechterhalten werden. Aber dies kann in diesem Fall nach dem Gesichtspunkt des für notwendig Gehaltene geschehen, rational abgewogen und demokratisch koordiniert werden. Grundlage dieser Rationalität ist die bedarfsorientierte Produktion und Dienstleistung und die gesellschaftliche Kooperation. Beide werden durchdrungen und bestimmt von Herrschaft und Wert.

## **Der kapitalistische Staat in der Coronapandemie**

Der Menschheit ist es trotz besseren Wissens bislang nicht gelungen, sich als kollektives Subjekt zu konstituieren und einen Gesamtwillen auszubilden, mit dem sie ihr gemeinsames Leben auf dem Planeten gestaltet. Die Form des verbindlichen kollektiven Handelns, die sich als eine Instanz der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildet hat, ist der Nationalstaat: ein territorial begrenzter Staat mit »einem Volk-als-Nation«, also einer Bevölkerung, die der Staat sowohl zur Einheit zusammenfasst und totalisiert als auch individualisiert. Entlang unterschiedlicher Herrschaftslinien werden

sie als Andere konstruiert, sie werden jeweils mit kulturellen Praktiken artikuliert, ihnen wird spezifische Anerkennung, Toleranz, negative Freiheit gewährt oder selektiv vorenthalten (nach Geschlecht, nationaler Herkunft, Hautfarbe, Bildung, Klassenzugehörigkeit). Diese bürgerliche Freiheit der individualisierten Einzelnen hat sich im Prozess der kapitalistischen Produktionsweise selbst als prekär erwiesen, denn immer wieder wird sie von mächtigen Gruppen bedroht, wenn diese sich einen Vorteil versprechen. Die moderne Staatsgewalt, so formulieren Marx und Engels eine Grundthese der materialistischen Staatstheorie, sei »nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet« (Marx/Engels 1972 [1848]: 464). Diese Überlegung beinhaltet mehrere Thesen: 1. Der Staat verkörpert nicht die Gesamtheit der Gesellschaft, sondern nur herrschende Gruppen, die vielfach gegensätzliche Interessen verfolgen. 2. Wenn er ein Ausschuss ist, stellen sich Fragen: Wer kommt auf welche Weise in diesen Ausschuss? Was wird hier verhandelt? Welche Prioritäten bilden sich? Auf welche Weise wird festgelegt, was die gemeinschaftlichen Geschäfte sind? Wer setzt sich bei den Entscheidungen durch? 3. Schließlich: Wer führt aus? Wie wird ausgeführt?

Hirsch fordert zu Recht, für die Analyse der aktuellen Konjunktur auf Erkenntnisse der materialistischen Staatstheorie zurückzugreifen. Denn tatsächlich sind in der Pandemie problematische Vorstellungen von dem und Erwartungen an den Staat im Umlauf. Die Vielfachkrise, und insbesondere die Klimakrise und die pandemisch durch das Coronavirus herbeigeführte Gesundheitskrise führen dazu, dass auf eine Reihe von Ideologien des Staates und der Staatsideologien zurückgegriffen wird. Jedoch wird die spezifische Logik der Praktiken auf dem Feld des kapitalistischen Staates kaum betrachtet.

Da ist zunächst die Vorstellung verbreitet, der Staat sei ein handelndes Subjekt. Es gibt zahlreiche formulierte Erwartungen, der Staat, die Bundesregierung oder die Landesregierungen, die Kanzlerin oder die Ministerpräsident\_innen, die Politik, die Parteien müssten handeln oder, noch eindringlicher, endlich handeln. Sie müssten entschlossen sein, entschiedene Maßnahmen ergreifen, konsequent handeln. Es wird angenommen, dass der Staat sein Handlungspotenzial nicht ausschöpft oder die Politiker\_innen die staatlichen Mittel nicht entschieden genug einsetzen, sie mehr wissen oder (durch Moral – »how dare you« – und Protest) stärker unter Druck gesetzt werden müssten. Forderungen nach mehr staatlichem Handeln kommen im Zusammenhang mit der Klimaentwicklung sowohl von einer Bewegung wie Fridays for Future als auch von vielen Nichtregierungsorganisationen oder allgemeiner aus der Öffentlichkeit. Entsprechend wird der neuen Regierung der Ampelkoalition und insbesondere der Partei Bündnis 90/Die Grünen Ver-

rat vorgeworfen; das von den verantwortlichen Politiker\_innen formulierte Webersche Argument, Politik als die Kunst des Möglichen zu verstehen, wird gar nicht näher in Betracht gezogen. Auch im Bereich der Eindämmung der Pandemie ist die Kritik, die Regierungen handelten zögerlich, inkonsequent oder gar deutlich zu wenig, ein immer wieder geäußelter Vorwurf. Die grundlegenden materiellen Restriktionen des kapitalistischen Staates werden übersehen. Genau wie Marx es kritisiert hat, wird Politik allein als ein Willensverhältnis der einzelnen politischen Führungspersonen betrachtet, und es wird an deren Entschlossenheit, moralische Integrität und Authentizität appelliert, während von allen Fragen der materiellen Kräfteverhältnisse, der Kompromisse, der Strategien und Taktiken nicht die Rede ist.

Ein vergleichbares (Un-)Verständnis des Staates findet sich, wenn das Argument genau in der inversen Form vorgebracht wird. Demnach handelt der Staat zu viel, zu intensiv, zu autoritär, zu uneinheitlich. Demnach werden die Freiheiten der Bürger\_innen eingeschränkt oder verletzt. Solche Einwände kommen politisch von Liberalen, National- und Neoliberalen sowie Konservativen. Diese Kritik verbindet sie kapillar mit den entsprechenden Behauptungen der »Querdenker«, Coronaleugner oder Impfgegner, die eigene Medien schaffen und Social-Media-Plattformen nutzen, um gegen staatliche Maßnahmen zu mobilisieren. Da wird von Totalitarismus gesprochen, von »Impf-, Corona- oder Gesundheitsdiktatur«. Das RKI wird von AfD-Abgeordneten als »böse Verschwörerinstitution« betrachtet. Die Kritik kann auch in personalisierter Form vorgebracht werden, etwa wenn von »Merkel-Diktatur« die Rede ist.

Einer dritten globalen Kritik zufolge ist der Staat ein Instrument. Der Instrumentalismus beherrscht auch die Vorstellungswelt vieler Verschwörungsideolog\_innen. Demnach gibt es einzelne Personen wie Angela Merkel, Bill Gates, George Soros, eine politische Klasse, eine Elite oder besondere gesellschaftliche Gruppen, die den Staat übernehmen und die Entscheidungen in ihrem Sinn treffen. Diese Argumentation greift oftmals auf das Archiv des Antisemitismus zurück und bietet nicht nur verdeckt, sondern ganz offen entsprechende Ideologeme auf. Solche phantasmatischen Vorstellungen arbeiten an einer Leugnung wirklicher Macht und einer symbolischen Verschiebung hin zu Formen der Repräsentation von Macht. In diesem Fall werden Repräsentanten auch persönlich angegriffen. Doch es ist eine Aufgabe des kapitalistischen Staates, gesellschaftliche Konflikte auf sein Terrain zu ziehen. Demnach erstaunt weniger, dass Politiker\_innen angegriffen werden, als vielmehr, dass sie nicht mit den Konsequenzen ihrer Funktion konfrontiert sein wollen.

Sehr viel plausibler ist das Argument des Instrumentalismus, wenn angenommen wird, dass der Staat ein Instrument des Kapitals (Pharmaindustrie,

Lufthansa, Daimler, Banken) oder korrupter Politiker\_innen und Beamter ist und nicht im Interesse der Allgemeinheit und der Gesundheit der Bevölkerung handelt. Denn in einem solchen Fall werden immerhin Akteure und Interessen erkennbar, die den Staat für ihre Zwecke nutzen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Verantwortungsträger in den Ministerien Repräsentanten von Unternehmen oder Unternehmensverbänden sind und eng mit entsprechenden Kräften zusammenarbeiten. So werden Gesetze in enger Absprache mit den Unternehmen in den Ministerien formuliert oder sogar direkt aus Schreiben von Verbandsvertretungen oder bezahlten Rechtsanwaltskanzleien übernommen. Minister\_innen oder hohe Beamte können die Erwartung haben, dass sie nach Ende ihrer politischen Dienstzeit gut dotierte Stellen oder Beraterverträge bei Unternehmen oder Unternehmensverbänden erhalten. In Antizipation dieser Zukunft werden entsprechende Gesetze formuliert und verabschiedet, Projekte von den Ministerien oder Maßnahmen beschlossen. Einfache Beamte in den Bau- oder Finanzämtern werden bestochen, Richter unter Druck gesetzt. Aber auch diese Erklärung bleibt noch begrenzt, weil alles als eine Frage individueller Interessen erscheint. Dass der Staat ein kapitalistischer Staat ist, scheint dann eher Zufall aus dem Verhalten einzelner Gruppen zu sein. Dies legt nahe, dass andere Mehrheitsverhältnisse, eine Auswechslung des Personals, eine stärkere Kontrolle des Lobbyismus und Transparenz schon zu grundlegenden Veränderungen führen könnten.

Um den Fehler zu vermeiden, staatliches Handeln lediglich als Ergebnis von Aushandlungen zwischen verschiedenen Interessengruppen oder der Durchsetzung von Kapitalinteressen zu begreifen, und demgegenüber die spezifische Autonomie des Staates in den Blick zu bekommen, hilft die Überlegung, wonach der kapitalistische Staat eine Funktion in der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbedingungen wahrnehme. Durch eine Vielzahl von Entscheidungen und Maßnahme sichert der Staat demnach die allgemeinen Bedingungen, die für den Produktionsprozess von Kapital erforderlich sind. Im Fall der Pandemie heißt das, dass er als Entscheidungsinstanz funktioniert, kritische Infrastrukturen (Verwaltungen, Telekommunikation, Sicherheit, Transport, Feuerwehr, Krankenhäuser) sichert und die medizinische Versorgung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Berichterstattung, die Produktion oder den präventiven Schutz der Lohnabhängigen und der Bevölkerung im Allgemeinen vor Erkrankung gewährleistet. Auch schafft er allgemeine Rahmenbedingungen, sodass sich die Nachteile für die Unternehmen gleichermaßen auf sie verteilen. Dies kann auch bestimmte Einschätzungen von der Wichtigkeit einzelner Unternehmen oder Branchen für die Gesamtheit des Kapitals und seiner Funktionsfähigkeit implizieren. Aus strategischen Gründen werden dann die Automobilindustrie, die Touris-

musbranche oder die Fluglinie Lufthansa unterstützt. Ebenso wird Kurzarbeitergeld gezahlt, um Arbeitslosigkeit und eine soziale Krise zu vermeiden, aber auch, um die Beschäftigten an die Unternehmen zu binden, sodass sie im Fall der Wiederaufnahme der betrieblichen Prozesse direkt zur Verfügung stehen. Allgemein wurden zudem erhebliche Geldmittel aufgewendet, um den Einzelhandel, Gaststätten und Hotels, den Buchhandel oder die Kultur- und Eventbranche zu unterstützen. Diese Unterstützungen erfolgten jedoch nicht gleichmäßig, und sie setzten für verschiedene Bereiche zeitlich verzögert ein. Es waren implizite Prioritäten feststellbar, die während der Pandemie teilweise korrigiert wurden, nachdem deutlich wurde, dass viele Einzelhändler, Unternehmen und Branchen durch die Pandemie derart geschädigt werden könnten, dass eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Prozesse mit erheblichen Problemen konfrontiert sein könnte. Eine Überlegung von Tooze veranschaulicht das Problem. Die COVAX-Plattform sollte ärmeren Ländern 2 Milliarden Impfdosen zur Verfügung stellen, hatte aber bis Anfang 2021 Geld für nur etwa 1 Milliarde und benötigte bis Ende 2021 etwa 5 Milliarden US-Dollar. Deutschland sagte 500 Millionen Euro zu. »Wenn es gewollt hätte, hätte Deutschland sich die notwendigen Mittel leihen können, um nicht nur den unmittelbaren Bedarf von COVAX zu decken, sondern die gesamten geplanten Kosten für die Impfung der Welt – die man im Mai 2020 auf 25 Milliarden US-Dollar schätzte –, und es hätte dies zu negativen Zinssätzen tun können.« (Tooze 2021: 272f) Deutschland hätte ebenso wie andere Staaten die Pandemie beenden können, die Patente für die Impfstoffe, die ohnehin mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, hätten freigegeben werden und die Produktion in vielen Regionen des globalen Südens stattfinden können. Die Zweckpropaganda, dass dies aus technischen Gründen nicht möglich sei, wurde alsbald widerlegt.

Der kapitalistische Staat ist die Form, in der unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt ein Kollektivwille gebildet werden kann. Doch die Pandemie macht die engen Grenzen staatlichen Handelns deutlich. Denn der kapitalistische Staat ist nicht in der Lage, das Gesamtinteresse des Kapitals zu organisieren oder zu repräsentieren. Ein solches Gesamtinteresse ergibt sich jeweils nur als Durchschnitt aus den Aktivitäten vieler Einzelkapitale, es ändert sich ständig, keine Institution oder Person kann einen entsprechenden Standpunkt einnehmen. Der Staat ist das Feld, auf dem staatliche Akteure Kompromisse unter der Führung mächtiger Kapitale oder Kapitalgruppen organisieren. Um diese Führung und die Kompromisse gegenüber den Mitgliedern des Machtblocks und Herrschaft nach unten durchzusetzen, muss der Anspruch erhoben werden, allgemeinverbindlich für das gesamte Kollektiv zu handeln. Deswegen stellte sich immer wieder die Frage, ob das

pandemische Geschehen auf das Terrain des Staates gezogen werden sollte. Denn dies bedeutete, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen, rechtlich verbindliche Verantwortung zu übernehmen, in Konflikte zwischen den Machtgruppen einzugreifen und neue Konflikte unter den Fraktionen des Machtblocks hervorzurufen oder dessen Verhältnis zu den beherrschten Bevölkerungsgruppen zu stören. Gerade die Krisenbewältigung erzeugt neue Widersprüche (etwa bei der Frage der Impfpflicht, zwischen den Regionen, den Eltern und den Schulen).

Zwar wurde in der Pandemie ständig der Konsens zwischen den Parteien und der Zusammenhalt der Gesellschaft beschworen. Aber das war beschönigend, denn es kann keine kohärente staatliche Politik geben, da sich die Interessen, Kräfte und Kompromisse ständig verschieben. Dabei muss zwischen vier Ebenen unterschieden werden: 1. In der Pandemie mussten viele Entscheidungen unter Bedingungen von Nicht-Wissen über das Virus, Covid-19 und soziale Folgen ebenso wie von Ungewissheit getroffen werden, da sich die Pandemie ungleichmäßig ausbreitete, Schutzmaßnahmen unterschiedlich wirkungsvoll waren, das Virus mutierte. 2. Es gab Fehler in den politischen Entscheidungen. 3. Die Staatsapparate und ihr Führungspersonal verfolgten jedoch auch weiter eine eigene und längerfristige Agenda und wollten sich von der Pandemie nicht von neoliberalen Politikzielen und Entscheidungsmustern abbringen lassen – etwa Schließung von kleineren Kliniken, Fallpauschalen, knappe Personalbemessung, niedrige Einkommen der Pflegekräfte, Schuldenbremse (vgl. PROKLA 205) –, mussten sich aber auf die pandemische Lage einstellen. 4. Die verschiedenen Kräfte, die sich in den Staatsapparaten kristallisierten, gingen auch widersprüchliche Verhältnisse zur Zivilgesellschaft ein, etwa die staatliche Duldung von Gesetzesverletzungen bei den Hygienedemos. Das Handeln der Politiker\_innen war und ist deswegen von Widersprüchen durchzogen.

Ob und welche Maßnahmen überhaupt ergriffen werden, war und ist ständiger Streitpunkt. Selbst wenn in den MPKs gemeinsame Beschlüsse verabschiedet wurden, wurden diese von einzelnen Länderchefs sehr schnell wieder infrage gestellt. Uneinheitlich und widersprüchlich waren dann viele Kommunikationen und der Maßnahmen. Die Ausrichtung an der Zahl der vorhandenen Intensivbetten, die in der Pandemie noch abgebaut wurden, war selbst ein fragwürdiges Kriterium, denn diese Bettenzahl war das Ergebnis neoliberaler Gesundheitspolitik. Indem der Staat Kontaktbeschränkungen und Lockdown-Maßnahmen gegen die Pandemie ergriff, bedrohte nicht mehr das Virus, sondern die Regierung viele Unternehmen, Gewerbetreibende oder Kultureinrichtungen in ihrer Existenz, im Handel, im Tourismus oder in der Luftfahrtindustrie. Die staatlichen Maßnahmen wirkten

aber selektiv und verletzen viele Interessen: die des stationären Einzelhandels gegenüber dem Onlinehandel oder den großen Baumärkten, die Gewerbebereiche der personennahen Dienstleistungen – etwa Friseur, Sexarbeit, Sportstudios. Die Regierungen der reichen Staaten sahen sich widerstrebend und gegen die vielfach proklamierten Überzeugungen gezwungen, einmalig hohe Kredite aufzunehmen – was wiederum den Geschäftsbanken zu Gute kam –, um die Unternehmen und die Lohnabhängigen abzusichern. Weltweit beliefen sich die finanzpolitischen Anstrengungen bis Oktober 2020 auf 14 Billionen US-Dollar (Tooze 2021: 149). Für die reichen Staaten ist es ein bemerkenswerter Klassenkompromiss, dass gleichzeitig Kapitalinteressen und die Interessen der Arbeiter\_innen abgesichert wurden: In Deutschland standen etwa eine Billion Euro an Hilfen zur Verfügung; von der Wirtschaft wurden bis Oktober 2021 140 Milliarden Euro in Anspruch genommen, 40 Milliarden Euro wurden für Kurzarbeitergeld ausgegeben. Beschlossen wurde vom Deutschen Bundestag, diese Kredite langfristig abzuführen. Viel spricht dafür, dass die Schuldenbremse wieder eingesetzt und zur Austeritätspolitik zurückgekehrt werden soll. Die Konflikte um eine neoliberale Politik werden weitergehen: die starke Wettbewerbsorientierung, die in Deutschland auf Löhne drückt, die Steuerbelastung für Unternehmen gering hält, in anderen Ländern Arbeitsplätze vernichtet und Schuldenabhängigkeit erzeugt, ein ressourcenvernichtendes Wachstum, der weitere Abbau von staatlichen Leistungen, der Ausbau der kapitalgedeckten Rente oder Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturen.

Nach meinem Verständnis bestätigen die empirischen Vorgänge die grundlegende These von Nicos Poulantzas, dass der kapitalistische Staat eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen darstellt (vgl. Poulantzas 2002). Dazu drei Bemerkungen:

1. Der Staat bildet kein Allgemeininteresse aus, sondern organisiert Kompromisse und verdichtet Kräfteverhältnisse unter der Führung von Teilen der herrschenden Klassen. Das Interesse, das sich aus einer solchen Konstellation ergibt, gilt als allgemein, weil es Leitlinien des politischen Handelns und die Gesetzgebung bestimmt. Aber es handelt sich um prekäre Kompromisse, an die sich die bürgerlichen Fraktionen nicht unbedingt halten: Sie unterlaufen sie, rufen die Gerichte an, drängen auf Veränderungen der Gesetze. Sie sind auch unentschlossen, ob und in welchem Umfang sie die Pandemie und damit zusammenhängende Fragen überhaupt zum Gegenstand staatlichen Handelns machen, wieweit sie sie auf das Terrain des Staates holen. Denn dies bedeutet, gesellschaftliche Ansprüche, Lösungserwartungen, Interessensdivergenzen und Konflikte nun in der Logik des Staates und mit dessen Mitteln zu bearbeiten. Dies kann zu Überforderung und zu einer politischen

Krise führen – zu der es gekommen ist. Ein Teil der Polizei, der Justiz und der Jurist\_innen, der rechtsliberalen Presse, der Wissenschaftler\_innen bildet eine Fraktion, geht auf Distanz zu den Maßnahmen und duldet oder stützt sich auf den Protest auf den Straßen und in den sozialen Medien.

2. Die Verdichtung findet in konkreten Staatsapparaten statt. Bedingt durch die Pandemie haben sich die Kräfte verschoben, das Finanzministerium wurde schwächer, fiskalische Gesichtspunkte verloren an Gewicht, weil der gesamte Produktions- und Dienstleistungsapparat (oder jedenfalls weite Teile davon) betrachtet werden muss. Denn wenn relevante Unternehmen oder Branchen durch die Gesundheitskrise geschädigt werden, wird die Kapitalakkumulation gefährdet und können sich in der Arbeitsteilung zwischen ihnen erhebliche Störungen ergeben – Störungen der Lieferketten, Ausfälle bei der Produktion, Abwanderung des Personals und schließlich weitgehendes Versagen von Produktion und Dienstleistung (wie Polizei, Feuerwehr, Krankenversorgung). Die Gesundheitsministerien gewannen (kurzzeitig) an Gewicht und bestimmten nach eigener Sachlogik die politischen Entscheidungen. In der Pandemie wurde deutlich, dass der Staatsapparat Gesundheit selbst aus einem durch die austeritätspolitische Vernachlässigung und durch Privatisierung zwar geschwächten, aber enormen Geflecht von Instanzen besteht: das Bundes- und die Landesministerien, das Robert Koch-Institut als oberste Seuchenbehörde, die verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen wie Max-Planck-Institute oder Leopoldina, Universitätsinstitute oder Kliniken, Statistiker\_innen, die Ständige Impfkommision oder der Deutsche Ethikrat. Dieser ohnehin schon ausgedehnte Staatsapparat erweitert sich unmittelbar und flexibel um eine Reihe von Talkshows in den öffentlich-rechtlichen Sendern, die die relevanten Akteure ständig miteinander in eine öffentliche Kommunikation bringen, und die damit wie eine Art Ersatzparlament und Trägerinstanz zur Vorbereitung von Entscheidungen und Ausarbeitung von Konsens wirken. Sie alle wirken durch die Auswahl der Diskussteilnehmer\_innen und die Aufbereitung der Fakten tendenzhaft sie können jeweils Allianzen eingehen oder gegeneinander arbeiten. Jedenfalls setzen sich keineswegs wissenschaftliche Gesichtspunkte beim Handeln der Politiker\_innen durch.

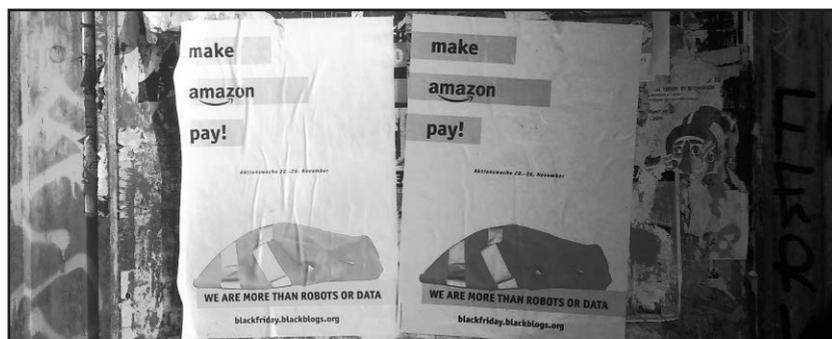
3. Die pandemische Lage zeigt anschaulich, dass die bürgerliche Klasse unfähig ist, einen gesellschaftlichen Gesamtwillen zu organisieren. Vielmehr werden die schmutzigsten Geschäftsinteressen verfolgt, Maßnahmen werden unzureichend oder auf widersprüchliche Weise ergriffen, Unsicherheit, Unruhe und Konflikte in der Bevölkerung geschürt. Aus den Apparaten sind die subalternen Klassen ausgeschlossen. Das reicht bis in den Staatsapparat der Information: Kaum jemals kommen praktische Ärzt\_innen oder Pflegeperso-

nen zu Wort. Dies bedeutet nicht, dass Aspekte der Arbeitsverhältnisse, der Gesundheit oder der Umwelt ausgeschlossen sind. Sie werden entsprechend den internen Logiken von Ressortzuständigkeit, Verwaltungshierarchie, Gesetzeslage, Ressourcen (Budget, Personal), Kontaktsystemen mit anderen Bundes- und Landesministerien, Behörden, Verbänden, Unternehmen, NGOs und Wissenschaft bearbeitet. Die Prioritäten, Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen sind Ergebnis eines Geflechts von Nicht-Wissen, Zeit- und Ressourcenmangel, Fehlern (Mängel an Information, an Einschätzung oder verwaltungsinternen Abläufen) sowie bewussten Zielen. Dies führt am Ende im Regelfall zu widersprüchlichen Herrschaftspraktiken. Daraus resultiert ein Stop-and-go der Entscheidungen und Maßnahmen. Die Herrschaft im Fall der Pandemie bedeutet starke Rücksichtnahme auf die Unternehmen, die Kontinuität der Produktion und den Export, den Absatz vor allem durch den großen Versandhandel, erst nachgeordnet den Einzelhandel. Die neoliberale Gesundheitspolitik wird fortgesetzt. Die Unternehmen im Allgemeinen, die Pharmaunternehmen im Besonderen erhalten ohne weitere ökologische Auflagen umfangreiche öffentliche Fördermittel. Impfstoffe und Medikamente werden nicht als Commons lizenziert, sodass private Unternehmen erhebliche Gewinne realisieren können. Gleichzeitig zwingen gerade die staatlichen Maßnahmen den Arbeiter\_innen und dem Kleinbürgertum gesundheitliche und wirtschaftliche Risiken auf.

## Literatur

- Agamben, Giorgio (2020): The state of exception provoked by an unmotivated emergency (26.2.2020). URL: <https://positionspolitics.org/>, Zugriff: 15.3.2020.
- Ali, Haris / Keil, Roger (Hg.) (2008): Networked Disease: Emerging Infections in the Global City. Oxford. DOI: [https://doi.org/10.1016/S1473-3099\(09\)70253-1](https://doi.org/10.1016/S1473-3099(09)70253-1).
- Davis, Mike (2005): The Monster at Our Door. The Global Threat of Avian Flu. New York.
- Demirović, Alex (2020): In der Krise die Weichen stellen. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 23.1.2022.
- Deutscher Bundestag (2013): Drucksache 17/12051. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012. URL: <https://dserver.bundestag.de/>, Zugriff: 23.1.2022.
- Federici, Silvia (2017): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien (9. Aufl).
- Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M.
- (2004): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesungen am Collège de France 1977/1978. Frankfurt/M.
- Fritschi, Frank (2021): Stigmata Positiv: Schwule wehren sich gegen HIV und Stigmatisierung in der Basler Aidskrise, unveröffentlichte Masterarbeit. Universität Basel.
- Global Preparedness Monitoring Board (2019): A world at risk. Genf. URL: <https://reliefweb.int/>, Zugriff 23.1.2022.
- Heller, Jonas (2000): Naturverhältnisse in der Krise: Gesellschaftliches Handeln und natürliche Prozessualität in der Covid-19-Pandemie. In: Zeitschrift für Praktische Philosophie 7(2): 467-498. DOI: <https://doi.org/10.22613/zfpp/7.2.19>.

- Hirsch, Joachim (2021): Was ist aus der Linken geworden? (7.11.2021). URL: <http://wp.links-netz.de/>, Zugriff: 27.12.2021.
- Ipsen, Jörn (2020): Notstandsverfassung und Corona-Virus. Rückblick und Ausblick. In: Recht und Politik 56(2): 118-132. DOI: <https://doi.org/10.3790/rup.56.2.118>.
- Klopotek, Felix (2021): Die Klassengesellschaft in der Pandemie und die Probleme der Linken – Eine große Pause ist kein Streik. In: Hanloser, Gerhard / Nowak, Peter / Seeck, Anne (Hg.): Corona und linke Kritik(un)fähigkeit. Neu-Ulm.
- Lepsius, Oliver (2020): Grundrechtsschutz in der Corona-Pandemie. In: Recht und Politik 56(3): 258-281. DOI: <https://doi.org/10.3790/rup.56.3.258>.
- Lorey, Isabell (2021): Logistifizierungen. Pandemie und Unplanbarkeit. URL: <https://transversal.at/>, Zugriff 15.1.2022.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1972 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 4. Berlin: 459-493.
- Poczka, Irene (2017): Die Regierung der Gesundheit. Fragmente einer Genealogie liberaler Gouvernementalität. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839436950>.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Ektismus. Hamburg.
- Schaffar, Wolfram (2020): Solidarische Biopolitik. Kondome, Masken und die Parallelen zwischen HIV- und Corona-Pandemie. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff 25.1.2022.
- Schreyer, Paul (2020): Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte. Frankfurt/M.
- Tooze, Adam (2021): Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen. München. DOI: <https://doi.org/10.17104/9783406773488>.





# ONLINE BUCHLADEN

Bücher online bestellen bei [links-lesen.de](http://links-lesen.de)

Als Kollektivbetrieb betreiben wir [links-lesen.de](http://links-lesen.de), eine Bestellplattform mit politischen Buchtipps und Rezensionen.

Mit den erwirtschafteten Überschüssen unterstützen wir das Netzwerk Selbsthilfe und/oder andere gerade aktuelle Initiativen.  
@linkslesen – auch auf Twitter und Instagram

# WWW.LINKS-LESEN.DE